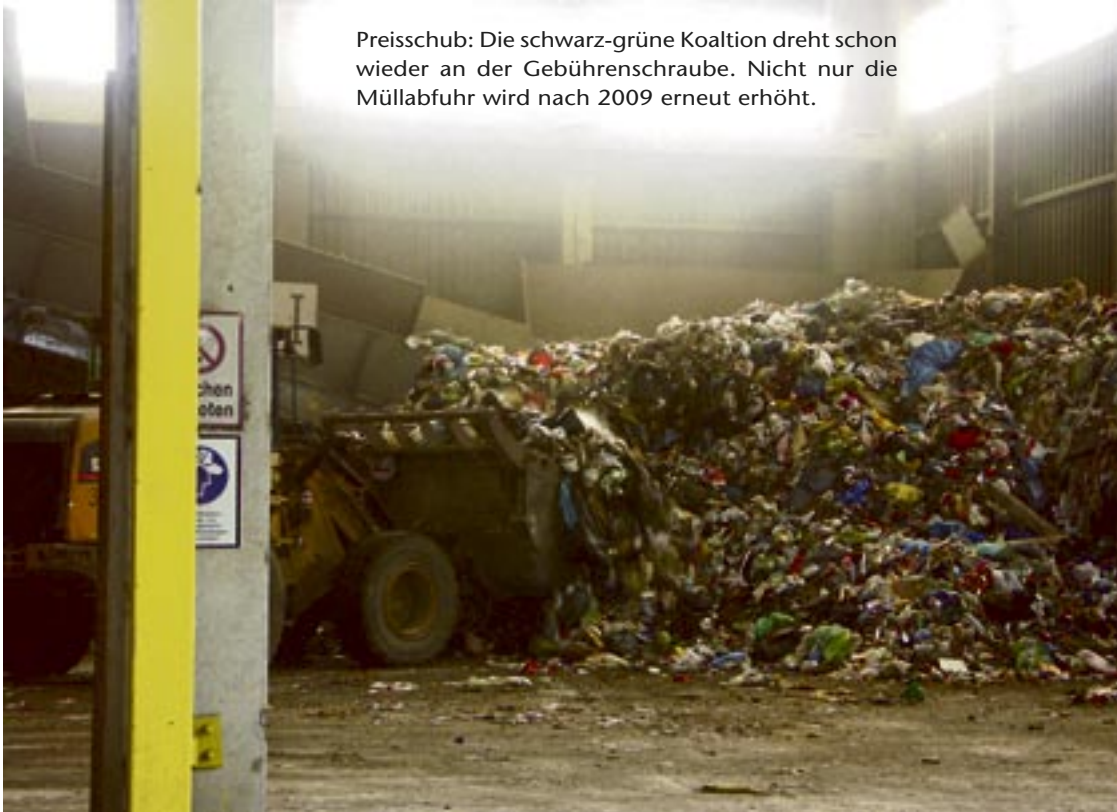


Preisschub: Die schwarz-grüne Koalition dreht schon wieder an der Gebührenschaube. Nicht nur die Müllabfuhr wird nach 2009 erneut erhöht.



BUDGET OHNE VERNUNFT IN GRAZ

Wieder Gebührenerhöhung

Kanal, Müllabfuhr, Bibliotheken wurden mit 1. Jänner teurer. Dabei liegt die letzte Gebührenerhöhung bei Kanal und Müll nur ein Jahr zurück.

2010 wird zum Zahljahr für die Grazerinnen und Grazer. Weil die Stadt mehr als eine Milliarde Schulden hat, schraubt man die Gebühren nach oben: Die Bibliotheksgebühr wurde ebenso erhöht wie die Kanalbenützung und die Müllabfuhr.

So kostet die Jahresgebühr in den Stadtbibliotheken nun 15 statt 10 Euro.

163,20 Euro zahlt man für jedes WC statt wie bisher 160,80 Euro, eine 120-Liter-Mülltonne mit wöchentlicher Entleerung kostet mit 398,40 Euro zwar nur um 1,2% mehr als bisher. Benachteiligt werden aber vor allem jene Haushalte, die den Biomüll nicht selbst kompostieren können. Verantwortlich dafür ist eine empfindliche Erhöhung des sogenannten „Bioszuschlages“, welcher für die Bereit-

stellung einer Biomülltonne eingehoben wird. Wer diese abbestellt, erhält sogar einen Bonus – eine Option, die für BewohnerInnen von Mehrparteienhäusern meist nicht in Frage kommt. Angehoben wurden aber auch Gebühren für Sonderentleerungen und zusätzliche Müllsäcke.

Alles, obwohl die Gebühren bereits im Vorjahr stark angehoben wurden.

Unvernünftiges Budget

Für die KPÖ ist das einmal mehr der falsche Weg, wie Gemeinderätin Uli Taberhofer bei ihrer Budgetrede im Gemeinderat sagte: „Wir treten dafür ein, dass für alle Menschen in unserer Stadt ein verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen gegeben sein muss.“

Überhaupt scheint das

Budget 2010 der Stadt wenig vernünftig. Für die Kinderbetreuung gibt es statt 12 nur 8 Millionen Euro.

Auf den dringend nötigen Sozial- bzw. Aktivpass für 34.000 armutsgefährdete Grazerinnen und Grazer muss weiter gewartet werden.

Gebührenstopp

Alles nach dem Motto: Die letzten beißen die Hunde, meint Wohnungstadträtin Elke Kahr. Man belaste die Menschen – vor allem jene, denen es nicht so gut geht – statt sie zu entlasten. Die KPÖ fordert einen Gebührenstopp, der vor allem Menschen mit geringem Einkommen helfe. Die müssen einen überdurchschnittlichen Anteil für das Wohnen und kommunale Tarife – aber auch für den öffentlichen Nahverkehr – ausgeben.

56 MIO. EURO Stadt haftet für Styria- Konzern

Beim Bau eines 80-Millionen-Headquarters“ bei der Messe soll die Stadt dem Styria-Konzern mit bis zu 56 Millionen Euro unter die Arme greifen.

Längst ist es üblich, dass sich wohlbestallte Konzerne öffentlicher Gelder bedienen. Da droht man schon einmal mit dem Wegzug. So auch Styria-Chef Horst Pirker. Er rang der Stadt eine Beteiligung ab, damit er sich mit der Zentrale der Styria/Kleinen Zeitung nicht nach Wien oder Zagreb verabschiedet.

Damit nicht passiert, was ohnehin kaum passieren würde, zeigen sich die Stadtoberen unter Druck gesetzt. 80 Millionen Euro soll das „Styria-Headquarter“ gegenüber der Stadthalle kosten. Ein neues Wahrzeichen für die Stadt soll es werden. In einem Umfeld, in dem laut Gemeinderatsstück der Finanzdirektion bis 2015 5.000 Menschen zusätzlich wohnen und arbeiten werden. Genaue Umstände sind nicht ausgeführt.

Die hochverschuldete Stadt wird der reichen Styria – sie machte 2008 rund 486 Millionen Euro Umsatz – mit 6 Millionen Euro aushelfen, mit denen sie in jene Gesellschaft einsteigt, die das Headquarter errichten soll. Zusätzlich haftet die Stadt für 50 Millionen Euro bei der Fremdfinanzierung des Bauwerks; also für den größten Brocken.

Baubeginn soll im Herbst 2010 sein. Zwei Jahre später soll das Gebäude bezogen werden.